

LEITARTIKEL

Kein Gesetz wird kommen

Friedrich Merz stellt die Migrationspolitik in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes

Um es vorwegzunehmen: Was sich in dieser Woche zum Thema Migration im Bundestag abspielen wird, kann an den aktuellen staatlichen Maßnahmen zur Begrenzung der Migration, zur Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber und auch beim Schutz vor Attentätern vorerst nichts ändern. Zwar ist noch offen, welche Anträge wann genau gestellt werden und ob sich taktische Mehrheiten mit oder ohne AfD bilden. Es wird aber kein fertiges Gesetz mit erster, zweiter und dritter Lesung mehr das Parlament in dieser letzten Sitzungswoche vor der Bundestagswahl verlassen. Was wir hören, ist Theaterdonner.

Was Friedrich Merz und seine CDU mit ihren Entschuldigungs- und Gesetzesanträgen tun: Sie setzen im Wahlkampf ein lautes Zeichen – in Folge der Mordtaten von Aschaffenburg, Magdeburg, Solingen und Mannheim. Richtig an dem Vorgehen ist, dass es so nicht weitergehen kann. Eine Gesellschaft, deren Werte auf Menschenrechten fußt, kann nicht akzeptieren, dass alle paar Monate irgendwo unschuldige Bürgerinnen und Bürger abgeschlachtet werden.

„Gleich neben der bröckelnden Brandmauer schwelt ein Feuerchen

Und anschließend muss man feststellen, dass der Täter entweder nicht auf freiem Fuß oder gar nicht mehr in Deutschland hätte leben dürfen.

Was das Manöver von Friedrich Merz und seiner Union so kritikwürdig macht: Egal, ob vor oder nach der Wahl – die Union braucht Mehrheiten für ihre harte Gangart in der Migrationspolitik. Nun kann man sich wie Merz auf den Standpunkt stellen, dass eine richtige politische Maßnahme nicht durch die Zustimmung der Falschen (in dem Fall die AfD) falsch wird. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen.

Sollte die Union – wonach die Umfragen aktuell stehen – tatsächlich die Bundestagswahl gewinnen, wird



EVA QUADBECK
ksta-politik@kstamedien.de

ein Koalitionspartner brauchen. Nach Lage der Dinge kommen dafür SPD oder Grüne in Frage. Nun wird bei den Koalitionsverhandlungen nicht alles so heiß gegessen, wie es im Wahlkampf gekocht wurde. Sicher aber wäre, dass SPD und Grüne verlangen werden, jene Entscheidungen zurückzunehmen, die die Union (ob erwünscht oder nicht) mit den Stimmen der AfD im Bundestag herbeigeführt hat.

Schluss mit Strategie, Schluss mit Kompromissen – hatte Merz Ende vergangener Woche ausgegeben. Teile seiner regierungserfahrenen Partei hat er damit mächtig aufgeschreckt. Anschließend hat die Union die Tonart abgemildert und ihr „Egal-wer-zustimmt“ in einen Antrag umgewandelt, der SPD, Grünen und Liberalen geschickt wurde und in dem die AfD politische Außenseiterin bleibt. Trotzdem schwelt gleich neben der bröckelnden Brandmauer ein Feuerchen. Die Union sollte es austreten, indem sie nicht nur Anträge verschiebt, sondern auch Gespräche für gemeinsame Lösungen anbietet.

Wenn es den bisher staatstragenden Parteien Union, SPD, Grünen und Liberalen nicht gelingt, die massiven Probleme zu lösen, die Deutschland ja nicht nur in der Migrationspolitik hat, dann übernehmen wir österreichische Verhältnisse. In Ländern wie Sachsen und Thüringen ist der Druck auf die Union ohnehin groß, inhaltliche Gemeinsamkeiten mit der AfD auch politisch zu verwandeln. Umso klarer muss die Bundespartei Vorbild sein. Zur Klarstellung in der Sache: Wer sagt, dass Deutschland auch mit harten Maßnahmen seine Gesellschaft vor unkontrollierter Zuwanderung und ihren Folgen besser schützen muss, ist kein Rassist. Und wer wiederum auf die Komplexität der Probleme einer Einwanderungsgesellschaft verweist, ist auch kein linksgrüner Realitätsverweigerer. So und in Teilen noch über lauten ja die wechselseitigen Reaktionen jener Parteien, die sich zur politischen Mitte zählen. Nur gut, dass der Wahlkampf in etwa drei Wochen vorbei ist.

KOMMENTAR

Der böse Gringo

Trump brüskiert den US-Partner Kolumbien

In normalen Zeiten hätte die Sache mit einem Telefonat beigelegt werden können, zumal es beim Streit zwischen den USA und dem Kolumbien nicht um das „Ob“, sondern nur um das „Wie“ der Abschiebung von irregulären Einwanderern in das südamerikanische Land geht. Aber Donald Trumps Adrenalinspiegel schießt gerade durch die Decke. Also eskalierte der machtrunkene Präsident am Sonntagmittag aus dem Nichts den marginalen Konflikt in derart wahnwitzigem Tempo, dass man vor dem geistigen Auge schon amerikanische Luftlandtruppen in Bogotá wählte.

So weit kommt es nicht. Trotzdem ist der Vorgang alarmierend. Schließlich ist Kolumbien einer der wichtigsten Sicherheitspartner der USA in Südamerika. Das Land liefert Blumen, Kaffee und Öl in den Norden. Nie war es im Wahlkampf als Ziel möglicher Strafzölle genannt worden. Seit 2020 hat Bogotá 475 Rückführungen seiner Staatsbürger mit zivilen Flügen aus den USA akzeptiert. Die Sache lief reibungslos, bis Trump die Migranten vor laufenden Kameras demonstrativ gefesselt in zwei Militärmaschinen steigen ließ.



KARL DOEMENS
ksta-politik@kstamedien.de

Diese Demütigung wollte Kolumbiens Präsident Gustavo Petro nicht akzeptieren. Er verweigerte die Landrechte und kündigte an, die Landsleute mit seiner Präsidentenmaschine abzuholen. Das war zuviel Widerspruch für den Sonnenkönig in Washington, der auf seiner Plattform „Truth Social“ wütend 25-prozentige Zölle auf kolumbianische Waren und Einreisesperren ankündigte.

Das also ist die Diplomatie der westlichen Weltmacht. Ein Mal noch beehrte dessen Präsident Petro mit einem flammenden Tweet gegen die „weißen Sklavenhalter“ im Norden auf, dann unterwarf er sich der wirtschaftlichen Übermacht und lenkte ein. Trump verkauft die Episode nun als Triumph. In Wirklichkeit ist sie ein Desaster. Nicht nur wissen die Verbündeten der USA in aller Welt nun, was der neue Machthaber im Weißen Haus unter „Partnerschaft“ versteht. Vor allem liegen Washingtons jahrzehntelange Bemühungen in Scherben. Das Bild des bösen Gringos in Lateinamerika durch eine neue Soft Power abgelöst. Darüber freuen kann sich nur einer: China – der tatsächlich gefährlichste Rivale der USA.



Bewährte Partner in Sachen Erinnerungskultur

Heiko Sakurai

GASTBEITRAG

Widerstand gegen den „Auserwählten“

Die US-Bischöfin Mariann Budde hat in ihrer Predigt zu Trumps Amtseinführung die moralische Autorität der Kirche beansprucht – zu Recht, trotz mancher Defekte

Im feierlichen Gottesdienst zur Amtseinführung Donald Trumps hat Mariann Edgar Budde als Bischöfin der Episkopalkirche in der Diözese Washington und damit als Vertreterin einer der großen protestantischen Gemeinschaften in den USA eine politische Predigt in Anwesenheit des neuen Präsidenten gehalten. Sie hat den Mut aufgebracht, Hassthemener rechter Politik wie Migration, sozio-ökonomische und kulturelle Diversität, aber auch Transidentität bei Kindern anzusprechen und die Schutzpflichten des Staates und seiner Repräsentanten zu unterstreichen. Damit markierte Budde ein offensichtliches Manko populistischer Politik, deren Gerechtigkeitsansprüche willkürlich sind, wenn sie nicht im Kern für alle Menschen gelten. Was nur für Privilegierte gilt, gilt eben nicht um seiner selbst willen. Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen als Kern politischer Ethik sind stets gefährdet. Dies in einer Predigt einzuschärfen, war zwar ein Affront gegen Trumps Rhetorik und Politik, aber nicht im



MATHIAS WIRTH

ist evangelischer Theologe. Der Kölner ist Direktor des Instituts für Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Universität Bern und Inhaber des Lehrstuhls für Theologische Ethik

rechnet eine Kirchenvertreterin sich bei Trumps Amtseinführung zur Moralpredigt aufschwingt? Moralischen Kredit scheinen die christlichen Kirchen international verspielt zu haben. Dafür steht besonders ihr Umgang mit sexualisierter Gewalt, ihre offensichtlichen Autoritätsprobleme und ihre Empathiedefekte. Diese Mängel sind vielen Kirchenleitenden inzwischen bewusst. Damit ist, so scheint es, auch das Genre der politischen oder ethischen Predigt schwierig, wenn nicht fast unmöglich geworden. In dieser Erkenntnis liegt meines Erachtens ein Moment des Respekts vor denen, die im Raum der Kirchen Opfer einer sträflichen Missachtung von moralischen Mindeststandards geworden sind.

Religionen, auch das Christentum, nicht zuletzt wie Mariann Budde es dargestellt hat, verlieren aber etwas Wesentliches, wenn sie nur noch ein Binnenraum für fromme Gefühle, religiöses Erleben und vages Hoffen sind. Gewiss hat all das Bedeutung für das persönliche Leben vieler Menschen. Doch Glaube und Hoffnung haben zudem auch eine politisch-gesellschaftliche Logik. Religiös zu sein bedeutet in den meisten Religionen, dass Personen sich mit mehr oder weniger plausiblen Vorstellungen über ein gutes Leben auseinandersetzen. Hoffen bedeutet, politisch zu sein. Denn Hoffnung impliziert immer auch Kritik an den Zuständen, wie sie sind.

„Hass und Häme, die Budde entgegenschlagen, sind ein Indikator für die politische Bedeutung ihrer Predigt

Vielleicht ist es übertrieben, Mariann Budde Predigt mit der berühmten Rede Martin Luther Kings beim „Marsch auf Washington“ 1963 zu vergleichen. Ein Vergleichspunkt könnte aber mit dem Format der Predigt gegeben sein. In einer Gesellschaft mit vielfältigen Bezügen zu kirchlichen Traditionen und Ausdrucksformen lässt das Genre Predigt die Formulierung eines Konsenses in moralischen

Grundlagen erwarten. Umgekehrt sind Hass und Häme, die Budde aus dem rechten politischen und konservativ-religiösen Lager entgegenschlagen, ein Indikator für die politische Bedeutung ihrer Predigt in Zeiten der Gefährdung basaler Formen menschlicher und ökologischer Berücksichtigung.

Der Punkt ist nun der: Welche andere Stimme, welche andere Institution wäre in der Lage gewesen, einem Präsidenten samt politischer und wirtschaftlicher Entourage eine Lektion in der Tugendethik zu erteilen, deren Missachtung mit verheerenden Folgen verbunden ist? Im Kern ging es Bischöfin Budde um klassische Themen der Ethik, die nach Bedingungen des guten Lebens („Common good“) für alle fragt. Tugendethische Empfehlungen mit christli-

„Jede menschliche Autorität ist vorläufig, nicht absolut, fehleranfällig. Diese Art Autorität hat Bischöfin Budde eingebracht

cher Prägung sind Gemeinsinn, Verständnis für Unterschiede, Respekt vor Andersheit, Kompromissbereitschaft, Selbstrelativierung. Diese Anforderungen kann die Kirche allerdings nur in der Arena des Politischen geltend machen, wenn sie sich selbst in ihrem institutionellen Handeln strikt darauf bezieht. Wie sehr eine große Zahl von Kirchenvertretern bis in die Gegenwart an den Maßstäben der eigenen Tugendethik scheitert, ist nicht allein wegen dieses Versagens und wegen der davon Betroffenen ein Problem, sondern es spielt Trump und seinen Claquieren in die Hände, die so umso leichter Spott und Hohn über Kritiker und Kritikerinnen wie Bischöfin Budde ausgießen können.

Doch selbst in der Diskreditierung wird eines deutlich: Die Kirchen werden weiterhin als Autorität wahrgenommen. Der Gottesdienst zur Inauguration des US-Präsidenten der USA ist ein Beleg dafür. Zugleich aber wird Autorität in der Kirche mit einer harten Brechung konfrontiert: Jede menschliche Autorität ist vorläufig, nicht absolut, fehleranfällig, orientierungsbedürftig. Diese Art Autorität hat Bischöfin Budde eingebracht und damit Trump in die Schranken gewiesen, der seine Autorität auf die Vorsehung und auf Gott gründet. Auch hier gilt: Wessen Stimme, wenn nicht die Kirche, hat das Potenzial, einen solchen Politikstil der Hybris und übersteigerten Autorität in Frage zu stellen?

KOMMENTAR

Die EU reicht Syrien die Hand

Erste Sanktionen sollen schrittweise ausgesetzt werden

SVEN CHRISTIAN SCHULZ

Die EU-Staaten setzen auf das Karotten-Prinzip – das geben EU-Diplomaten ganz offen zu. Wie einem Esel, dem eine Karotte vor die Nase gehalten wird, damit er in eine bestimmte Richtung läuft, setzt die EU nun erste Sanktionen gegen Syrien aus. Weitere folgen, so das Versprechen, wenn Frauen und religiöse Minderheiten nicht länger benachteiligt werden. Für Brüssel ist es ein Test, ob die neuen Machthaber in Damaskus den aus EU-Sicht richtigen Weg einschlagen. Die gewünschte Richtung ist klar: Frieden, Freiheit, Menschenrechte.

Wenngleich führende westliche Politiker bereits zu ersten Gesprächen in Syrien waren: In der EU herrscht weiterhin großes Misstrauen gegenüber der seit Jahren als Terrororganisation gelisteten HTS-Gruppe, die in Damaskus an der Macht ist. Dieses Misstrauen ist berechtigt. Keiner weiß, welchen Weg Syrien kurzfristig einschlagen und wer nach der Übergangsphase an der Spitze stehen wird.

Der kaltblütige Diktator ist weg, doch ob damit auch alle Menschenrechtsverstöße ein Ende haben, vermag niemand zu sagen. Die Unsicherheit ist enorm und so sollte man nicht allein in der Hoffnung auf ein

„Ohne diesen Schritt wird das gebeutelte Land nur schwer wieder auf die Beine kommen

freies Syrien pauschal alle Sanktionen aufheben. Dies könnte sich sonst womöglich als schwerer Fehler erweisen.

Der nun beschlossene Weg, schrittweise EU-Sanktionen auszusetzen statt aufzuheben, ist aber mehr als ein kleiner Lichtblick für Syrien. Die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen ist für das Land überlebenswichtig und für die Zukunft des Landes wegweisend. Ohne diesen Schritt wird das wirtschaftlich stark gebeutelte Syrien nur schwer wieder auf die Beine kommen.

Nach dem Sturz des grausamen Assad-Regimes reicht Europa der neuen Führung in Syrien die Hand. Ob die islamistische HTS das Angebot annimmt oder die Karotte der EU verschmäht, werden erst die nächsten Wochen zeigen.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
Ein DuMont Unternetzen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont I, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Seidel
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmeler, Stellvertreterin des Chefredakteurs: Dr. Sarah Brasack, Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Kendra Stenzel (Digitales), Gerhard Voigt (Landespolitik), Chefredakteur: Joachim Frank
Region: Michael Greuel
Köln: Tim Attenberger, Hendrik Geisler; NRW/Story: Maria Dohmen; Wirtschafts: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Löer; Kultur: Anne Burgmer; Chefredakteur: Peter Berger; Claudia Lehnen, Dittlef Schmalenberg, Chefvom Dienst: Nicolas Krizsak
Produktionssteuerung: Florian Summerer; Zeitungsproduktion: Juhana Preuten. Alle verantwortlichen und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin GmbH, Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 152, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmeler. Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2025 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-SERVICE
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-SERVICE
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de